

Zeitschrift: Werk, Bauen + Wohnen
Herausgeber: Bund Schweizer Architekten
Band: 68 (1981)
Heft: 9: Bauen mit Backsteinen

Rubrik: Tagungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tagungen

Wird es eine neue Werkbundsiedlung geben?

Überlegungen im Deutschen Werkbund Bayern

Eine «nachgelegte» Weissenhof-Siedlung soll sie nicht sein, auch Breslau, Neubühl und Wien können keine Vorbilder sein, wenn der Deutsche Werkbund Bayern eine Münchener Randgemeinde findet, die Bauland für eine solche Siedlung zur Verfügung stellt, ohne dass ein internationales Spektakel temporären Glanz über Bürgermeister und Stadtrat ausübt.

Der Deutsche Werkbund Bayern bietet im Augenblick insofern gute Voraussetzungen, als sein derzeitiger Vorsitzender Uli Lamey nicht nur Architekt, sondern auch Leiter des Planungsverbandes «Äußerer Wirtschaftsraum München» ist, zu dem sich eine Reihe von Münchener Randgemeinden zusammengeschlossen hat. Eine dieser Gemeinden – Geretsried im Landkreis Wolfratshausen – ist bereits dabei, ein Experiment zu verwirklichen, das in gewisser Weise als Vorbild zumindest in Teilaspekten für eine derartige Werkbundsiedlung dienen könnte.

Es handelt sich um eine Reihenhausiedlung in stark verdichteter Anordnung. Die 46 Hauseinheiten sind auf einem vorgegebenen Gesamtgrundriss errichtet und haben jedes für sich einen einheitlichen Grundriss, eine bestimmte Dachneigung und einen Katalog bestimmter Fenster- und Türgrößen, der eingehalten werden musste. Darüber hinaus stand es den Bauherrschaften frei, sich einem betreuenden Architekten oder Planfertiger auszuwählen, die inneren Grundrisse nach ihrem Geschmack zu gestalten und am Hausbau selbst handwerklich mitzuwirken.

Die Koordination liegt in der Hand des freien Architekten Herbert Demmel, der bereits andere ähnliche Bauvorhaben (gemeinsam mit seinem Kollegen Walter Mühlbauer) unter Beteiligung der künftigen Bewohner durchgeführt hat.

Das Besondere an dieser neuen Siedlung Geretsried-Stein besteht auch darin, dass von Anfang an die Strassenbauer mit einbezogen waren, um gemeinsam mit Architekten und Bewohnern ein Netz verkehrsberuhigter Straßen zu schaffen.

Inzwischen haben zwei

Münchener Stadtstrandgemeinden bereits Interesse gezeigt, für eine Werkbundsiedlung nach ähnlichen Muster Bauland auszuweisen, wenn man sich über die notwendigen Details einigen kann.

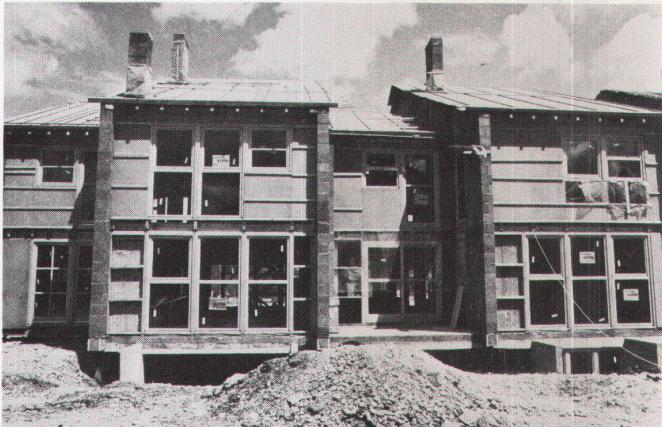
Dem Deutschen Werkbund Bayern schwert Bauland in Erbpacht als ideale Grundlage vor. Die schriftlich niedergelegte Zusicherung, sich in das Ortsbild einer derartigen Gemeinde einzufügen, scheint voreilig zu sein, denn: sämtliche Münchener Stadtstrandgemeinden haben – wie die meisten anderen Gemeinden in der Nähe von Städten auch – ihr typisches Ortsbild längst verloren oder hatten gar keines, wie etwa die von den Atomforschungsinstituten geprägte Physikergemeinde Garching.

Grundkonzept einer Siedlung, wie sie dem Münchener Werkbund vorschwebt, ist: eine Gruppe von Bauherrschaften zu finden, die es sich hat, sich von anonymen Wohnbaugesellschaften für teures Geld Häuser anmessen zu lassen, die sie nicht ihren individuellen Bedürfnissen anpassen können.

Vor allem denkt der Münchener Werkbund daran, seine Wohnberatung einzusetzen, um mit interessierten Gruppen zunächst einmal Wohnwünsche zusammenzustellen und dann deren Realisierungsmöglichkeiten zu besprechen.

Bereits in Geretsried machten die betreuenden Architekten die Erfahrung, wie schwierig es ist, Menschen aus den suggerierten Luxusbedürfnissen der Möbelhaus- und Immobilienwerbung herauszuholen, ihnen klarzumachen, dass nicht Quadratmeterflächen, sondern die geschickte Anordnung von Räumen Wohlbefinden und Freiheit ermöglichen.

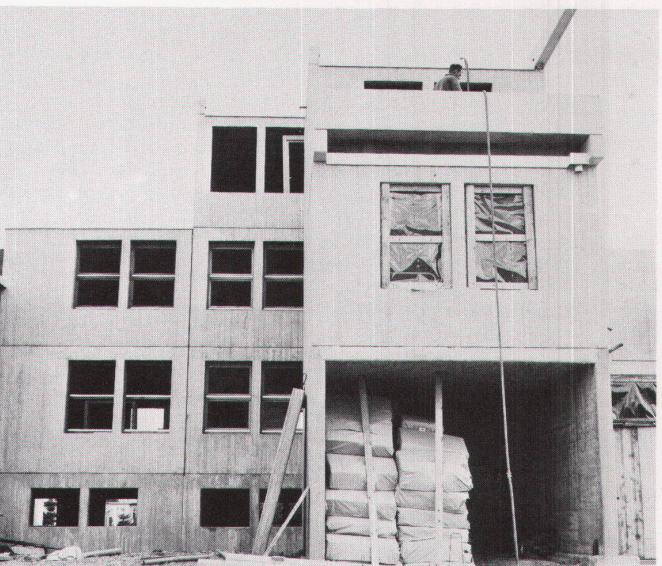
Ebenso sorgfältig müsste die Baumaterialwahl besprochen werden, da sie über die Kosten entscheidet und je nachdem die tägliche Mitarbeit der künftigen Bewohner auf der Baustelle möglich macht. Immer noch haben viele Menschen die Überzeugung, dass nur ein Steinhaus



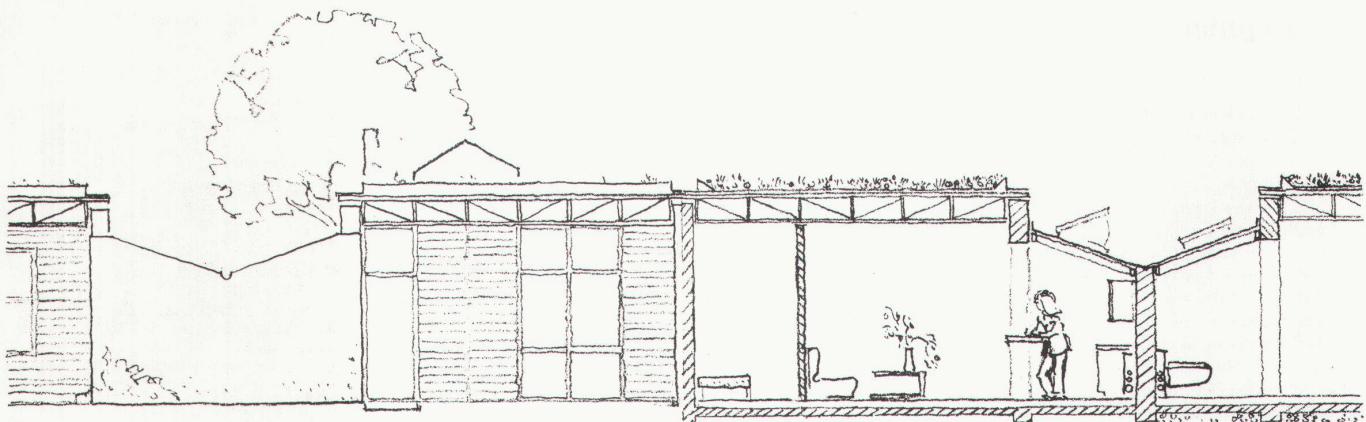
1



2



3



4

Solidität und Dauerhaftigkeit garantiert und nach aussen demonstriert. Reine Holzkonstruktionen werden vielfach als «Hütte» abgelehnt. Eine weitere Betreuung der künftigen Bewohner müsste in der Zusammenarbeit mit den Kommunalvertretern und Baugenehmigungsbehörden bestehen, z.B. um neue Bauformen zu genehmigen, die eine bessere Ausnutzung alternativer Energien versprechen.

Hier könnten und sollten Bauformen als Vorbild dienen, wie sie etwa Thomas Herzog mit seinem Regensburger Einfamilienhaus bereits erprobt hat, wofür er dieses Jahr mit dem neugestifteten Mies-van-der-Rohe-Preis ausgezeichnet wurde.

Mit Recht geht der Münchner Werkbund davon aus, dass sich in einer derartigen Siedlung Gleichgesinnte zusammenfinden sollen, was nicht heisst, dass diese Gleichgesinnten auch gleichbegütert sind. Es kann nicht nur darum gehen, mit wenig Geld bzw. nur im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu experimentieren, es sollte auch die Möglichkeit bestehen, besser situierte Bauherrschaften zu veranlassen, Geld in bauliche Experimente zu investieren, die unserem heutigen Leben und vor allem der heutigen Energiesituation angemessener sind als überkommene Hausformen, die mit hohem finanziellem Aufwand bis zum Erstikungstod «eingepackt» werden. Und in diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, plötzlich wiederentdeckte «Klimahüllen» – wie den Wintergarten – in eine architektonische Gesamtlösung einzubringen, anstatt beliebige Hausformen unter eine Art «Käseglocke» zu stellen. Das heisst: auch eine Gruppe gleichgesinnter Architekten müsste sich zusammenfin-

den, und es wäre Aufgabe des Werkbundes, hier Konkurrenzkämpfe in Bahnen zu lenken, die den späteren Bewohnern der Siedlung zugute kommen würden. Es käme auf eine gute Mischung von erfahrenen Architekten (wie etwa Demmel und Mühlbauer), auf «Pioniere» (wie etwa Thomas Herzog) und auf Nachwuchskräfte an, die in ständigem Kontakt bleiben müssten. Man sollte das Ganze nicht in engem nationalem Rahmen halten und versuchen, auch ausländische Architektengruppen zu interessieren, die – wie etwa Holländer, Engländer und Österreicher – bereits Erfahrung im Bauen unter Beteiligung der zukünftigen Bewohner – von der Planung an – gesammelt haben.

Ein Treffen solcher Gruppen, wie es bereits während der Werkbundtagung in Saarbrücken stattgefunden hat, ist sicher nützlich und anregend. Solche Treffen können aber Ortsbesichtigungen nicht ersetzen. In diesem Zusammenhang müssten also Reisen ermöglicht werden, die für alle Beteiligten erschwinglich wären. Und es fragt sich, ob Fördergelder für die Werkbundarbeit dafür nicht nützlicher angewendet wären als für Energieberatung, die Verbraucherzentralen und Stadtwerke genausogut geben können bzw. genauso zweifelhaft, wenn sie sich nach staatlichen Empfehlungen richten, die mehr oder weniger von der Baustoffindustrie diktiert sind.

Es dürfte bei einer neuen Werkbundsiedlung also nicht darum gehen – wie bei der Weissenhof-Siedlung –, internationalen Architekten die Möglichkeit zu geben, ihre persönlichen Wohnideen zu verwirklichen (was zu diesem damaligen Zeitpunkt auch ein wichtiger Gesichts-

punkt war), sondern es müsste versucht werden, wieder Gespräche zwischen Architekten und künftigen Hausbewohnern in Gang zu bringen, die jahrzehntelang durch anonyme Bauträgerunternehmen unterbrochen worden sind.

Dies werden langwierige Lernprozesse auf beiden Seiten werden. Deshalb ist die Anregung ernst zu nehmen, auf Seiten der Bauwilligen auch eine Gemeinschaft zu gründen im Stil der alten «Wohnungsbauvereine» oder Genossenschaften.

Das würde sich wohl auch auf Dauer als nützlich erweisen, um supplementäre Einrichtungen einer derartigen Werkbundsiedlung – wie öffentliches Grün, «Stadtmöbelierung», eventuelle Gemeinschaftsanlagen wie Wäschereien, Vorratsräume (durch die sich Raum und Energie sparen liesse), ein überlegtes Aufstellen von Telefonzellen, Wartehäuschen, Lichtmästen (und was sonst noch alles das Strassenbild verschandeln kann) – gemeinsam zu betreuen.

Absichtlich wollen diejenigen, die sich in München Gedanken über eine derartige neue Werkbundsiedlung machen, nicht von «Sekundäreinrichtungen» – von «zweitrangigen Einrichtungen» – reden, sondern von «supplementären», von «ergänzenden» also.

Auch Kinderspielplätze sollen nicht mit üblichen Geräten ausgestattet werden, sondern in der Gesamtanlage kindliche Bedürfnisse nach Verstecken, nach Laufen, nach Ballspielen, nach Möglichkeiten, selbst etwas zu bauen, befriedigen.

Der Werkbund sollte aber auch bald Kontakt mit jenen Gruppen aufnehmen, die sich auf laienhafte Weise mit Wohnvorstellungen aus-

einandersetzen: laienhaft, was die Architektur anbelangt, keineswegs, was die Wohnbedürfnisse anbelangt. So gibt es in der Nähe von München bereits eine Zweiggruppe der Bonner Gruppe «Frauen formen ihre Stadt». Und wie die künftigen Bewohner der Reihenhausiedlung Geretsried-Stein ihre Hausmodelle selbst im vorgegebenen Massstab des Gesamtmodells gebaut und zusammengefügt haben, so hat diese Frauen-und-Mütter-Gruppe von Eichenau bei München ihre Vorstellungen von einem idealen «Nesterdorf» massstäblich von Kindern einer Grundschule als Modell bauen lassen und dafür einen Preis des Bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums gewonnen. Übrigens war das Schweizer Duttweiler-Institut die erste ausländische Einrichtung, die sich für die Arbeit der Gruppe «Frauen formen ihre Stadt» interessierte.

Eine neue Werkbundsiedlung müsste ein Beispiel neuer Zusammenarbeit zwischen Architekten, künftigen Bewohnern, Behörden, Kommunalvertretern und Laiengruppen, die sich mit Wohnproblemen beschäftigen, sein. Alle haben es dringend nötig, voneinander zu lernen.

Johanna Schmidt-Grohe

4
Notierte Überlegungen für eine Reihenhausiedlung in Darmstadt-Kranichstein. Grundidee ist die Aufteilung in Installationszeilen und Wohnzeilen mit begrünten Dächern (Architekt: Thomas Herzog)

Besser, billiger und selbstbestimmt:

Neue Ansätze im Wohnungsbau und Konzepte zur Wohnraumerhaltung

Bericht von einer Tagung des Deutschen Werkbundes vom 10. bis 13. Juni 1981 in Saarbrücken

Dem «Wohnungswesen» – jenem merkwürdigen vielgestaltigen und ungreifbaren «Wesen», wie es Lucius Burckhardt apostrophierte –, wollten die Teilnehmer der Jahrestagung des Deutschen Werkbundes in Saarbrücken zu Leibe rücken. Möglichst Konkretes war gefragt, das Wohnungs-«Wesen» zum Anfassen, keine raumgreifenden Theorien und weitgespannten Utopien, sondern praktizierte Antworten auf das, was die Veranstalter als die «Nutzungskrise» oder die «ästhetische» Krise bezeichneten, die über die Aktualität der Probleme der Wohnungsversorgung und deren spektakuläre Begleiterscheinungen vergessen zu gehen drohte.

Als eine der Verkörperungen des «Wohnungswesens» nahmen Referenten wie Teilnehmer die grossen Wohnungsbaugesellschaften aufs Korn. Fern von den Interessen der Nutzer bauten sie nach starren Vorschriften und Regulierungen zu teure Wohnungen in anonymen Wohnanlagen. Die offensichtlichen Schwächen des staatlich geförderten Wohnungsbau, so der Soziologe Detlef Ipsen, seien noch das beste Argument derjenigen, die mehr Marktwirtschaft im Wohnungsbau forderten. Zumindest in den Ballungsräumen habe der Markt aber eine Versorgung unterer Einkommensschichten mit quantitativ wie qualitativ ausreichendem Wohnraum noch nie sicherstellen können.

Auf staatliche Förderung des Wohnungsbau könnte daher nicht verzichtet werden. Um die Dinge zum Besseren zu wenden, müssten die Träger der Wohnungsversorgung jedoch besser an die Bedürfnisse der Nutzer angepasst – sprich: dezentralisiert –, kleiner und flexibler werden. Zudem sollten wohnungspolitische Entscheidungen und die Verfügung über die finanziellen Mittel auf die kommunale Ebene verlagert werden, wo man am besten wisse, wo der Schuh drücke und was zu machen wäre.

Die vielfältigen Beispiele alternativer Konzepte und Projekte von Wohnraumerhaltung wie Woh-

nungsneubau, die während der Tagung vorgestellt und erläutert wurden, unterstrichen dies nachhaltig. Abweichend, unabhängig und auch ausserhalb der Regulierungen staatlicher Wohnungspolitik waren neue Wege gegangen worden zum besseren, billigeren und selbstbestimmten Bauen und Wohnen. Bei den vielen unterschiedlichen Ansätzen, mit den steigenden Preisen für Bauleistungen, Boden, Finanzierung und Belebung, zurechtkommen, ist zwar nicht grundlegend «neu» – und das kann es wohl auch nicht sein. Die Projekte sind aber allesamt Belege dafür, dass Alternativen zu den beklagten Verhältnissen des wohnungspolitischen Status quo denkbar und praktikabel sind.

Bei reduzierten Standards...

Die Maxime, dass sozialer Wohnungsbau auch guter Wohnungsbau sein müsse und dass nicht Wohnungen zweiter Klasse für Nutzer zweiter Klasse produziert werden dürften, hat einseitig dazu geführt, technischen Komfort und Ausstattungsdetails übergewichtig zu entwickeln und anderen Nutzungsaspekten voranzustellen. In einer Reihe von Projekten wurde diese Wertung umgekehrt: Um den Preis einer spartanischen Grundausstattung und einfachster handwerklicher Details wurden mehr Fläche, mehr Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Wohnung und ein unmittelbarer Zugang zu einem Freiraum zu ebener Erde als wichtige Nutzungsaspekte verwirklicht. Die Mehrzahl der vorgestellten Projekte, bei denen so geplant und gebaut worden war, hatten jedoch – wenn man sie als Modelle des Wohnungsbau für untere Einkommensschichten nehmen wollte – den «Schönheitsfehler», dass ihre Initiatoren vor allem dem jüngeren akademischen Mittelstand entstammen, wie etwa bei dem Projekt der Architekten Thut in München Alt-Perlach oder bei den Genossenschaftsprojekten, von denen Walter Stamm aus der Schweiz berichtete (z.B. «Im Spitz», Wasterkingen ZH). Dabei war das Konzept der Standardreduzierungen mehr über den Kopf – als Verwirklichung einer anderen alternativen Ästhetik – als über den Bauch – die schiere wirtschaftliche Notwendigkeit zur Einsparung – zustande gekommen. Wohnvorstellungen unterer Einkommensschichten sind demgegenüber – wie mehrfach dargelegt wurde – wesentlich konventioneller. Dennoch zeigen die Erfahrungen mit

einem Wohnungsbauprojekt für Industriearbeiter, das von Mitarbeitern der Metron in Windisch-III in der Schweiz verwirklicht wird, dass die Vorteile der Wohnform die künftigen Nutzer trotz Standardreduzierungen überzeugen konnten.

... auf billigerem Boden...

Bei einer ganzen Reihe der Projekte war Voraussetzung, dass sie auf dem Land und auf billigen Grundstücken gebaut wurden. In den Ballungsräumen müssen die Kommunen einspringen, um für untere Einkommensschichten das Bauen überhaupt möglich zu machen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist allein schon, dass entsprechend kleine Grundstücke für individuelle Bebauung im verdichteten Flachbau ausgewiesen werden, was selten genug der Fall ist. Durch Vergabe von Grundstücken in Erbpacht zu günstigen Bedingungen wie bei einem Beispiel im sozialen Wohnungsbau in Darmstadt oder zu niedrigen Verkaufspreisen wie in Geretsried bei München können die Kommunen zur Verbilligung von Bauland beitragen. Dafür, dass in den Genuss der damit verbundenen Vermögensvorteile nicht die falschen kommen und dass sie auch nicht unmittelbar realisiert werden können, sorgen sorgfältige Auswahlkriterien bei den Bauwerbern und entsprechende Vertragsklauseln.

... billiger bauen...

Baukosten können gesenkt werden, indem billigere Materialien verwendet werden, wofür Gernot Minke von der Gesamthochschule Kassel viele Beispiele vorstellt, oder Selbsthilfe angewendet wird. Für eine Verbesserung der Wohnungsversorgung auf breiter Grundlage kann Selbsthilfe aber nur beschränkte Bedeutung haben, wie eine Reihe von Referenten darlegten. In Ballungsräumen könne sie, so das Ergebnis einer Studie von Heiner Schäfer und Frank Gelhar (Darmstadt), nur funktionieren, wenn die wirtschaftlichen Vorteile gemeinsamen Selbstbaus genutzt würden. Hier bieten sich vor allem den Kommunen wichtige Anknüpfungspunkte für Beratungs- und Betreuungsangebote, wofür das in Hamburg praktizierte Selbsthilfemodell beispielhaft sein könnte. Die Erfahrungen der Stockholmer Selbsthilfeorganisation Småa belegen, dass organisierte Selbsthilfe auch im grösseren Massstab durchführbar ist. Das Beispiel einer Wohnungsbaugenossenschaft aus Kempten, die Grup-

penselbsthilfe betreut, machte überdies deutlich, dass Träger alternativer Ansätze im Wohnungsbau durchaus vorhanden sind und auch erfolgreich wirken können, wenn sie bereit sind, ausgetretene Pfade der Routine zu verlassen.

... mit besseren Nutzungsqualitäten...

Beim öffentlich geförderten Massenwohnungsbau sind bisher vor allem die Anforderungen des Wohnens für Kinder zuwenig berücksichtigt worden. Dass demgegenüber bei weitgehender Mitwirkung der Nutzer an der Planung familiengerechtes Wohnen auch im sozialen Wohnungsbau realisiert werden kann, wurde an dem Projekt einer Reihenhausgruppe in Darmstadt dargelegt, die durch das Institut Wohnen und Umwelt betreut wird. Daneben sind aber insbesondere die vorgestellten österreichischen Beispiele öffentlich geförderter verdichteter Einfamilienhausbebauung für untere Einkommensschichten auch für deutsche Verhältnisse richtungweisend.

... und selbstbestimmend bauen und wohnen

Viele der Projekte hatten ihren Ursprung darin, dass Angehörige der Mittelschicht auf der Suche nach kommunikativen und kooperativen Lebensformen mit Gleichgesinnten für ihren eigenen Wohnungsbedarf gemeinsam ein Haus bauten. Wie alle anderen privaten Bauherren treffen sie dabei alle Entscheidungen des Projektes selber. Schwieriger ist es dagegen, eine vergleichbare Mitbestimmung auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu erreichen. Auch hierfür waren vor allem die österreichischen Projekte – neben dem Darmstädter – richtungweisend. Der Vorgang der Mitbestimmung über die eigenen Wohnbedingungen löste sich dabei weitgehend von der Eigentumsfrage. Gleichgültig, ob spätere Mieter, Genossenschaftsmitglieder oder Eigentümer, alle sind in den Planungs- und Bauprozess mit einzubringen.

Noch ein Nachsatz: Obwohl so viel von wirtschaftlichen und sozialen Problemen des Bauens geredet wurde, kamen auch die ästhetischen Ansprüche nicht zu kurz. Gezeigt wurde eine unprätentiöse, klare, einfache und nützliche Architektur. Auch in dieser Hinsicht konnte die Werkbundtagung wichtige Anstösse geben.

Rainer Greiff
Institut Wohnen und Umwelt